

**Bezugspreis:**  
Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,00 M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 1,00 M., einjährig 10,00 M., einschließlich Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Rheinland, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 20,00 M., für das übrige Ausland 27,00 M. Vollbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Siedlung und Kleingärten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphisch: **„Sozialdemokrat Berlin“**

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die achtspaltigen Raumzeilen kosten 1,50 M. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 1,50 M. (schlieflich zwei fertige Worte). Jedes weitere Wort 1,00 M. Stellungs- und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1,00 M., jedes weitere Wort 50 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Adressanten 2,00 M. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerzuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 6, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15193-97  
Expedition Moritzplatz 11753-54

Dienstag, den 7. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753-54

## Stegerwalds „Voraussetzungen“.

Im Preussischen Landtag hat der Ministerpräsident Stegerwald gestern eine Erklärung abgegeben, die sich neben anderen Dingen auch mit der Frage der Regierungsumbildung in Preußen beschäftigt. Stegerwalds Vortrag zeichnet sich weder durch hinreichenden Schwung noch durch sachliche Tiefe aus, alles, was er sagt, klingt zum äußersten nüchtern und geschäftsmäßig. Aber die eine Fähigkeit kann Herrn Stegerwald zugestanden werden, daß er der Sprache jenen Vorteil abzugewinnen weiß, den ein französischer Diplomat einst mit den Worten kennzeichnete: „Die Sprache ist das beste Mittel, um seine Gedanken zu verbergen“.

Die Erklärung Stegerwalds über die Regierungsumbildung sagt nämlich im Kern das genaue Gegenteil dessen, was sie äußerlich auszudrücken schien. Die Erklärung begann mit den Worten: „Eine Regierungsumbildung halte ich für politisch erwünscht und sachlich notwendig“. Wer aber darob gemeint hätte, daß Stegerwald in Konsequenz dieser Anschauung sein Amt zur Verfügung stellen würde, der wurde bald eines anderen belehrt. Nämlich sehr bald klang die Erklärung in die Tonart um: Ich denke gar nicht daran zurückzutreten. Hier bin ich, hier bleibe ich!

Herr Stegerwald macht nämlich seinen Rücktritt von zwei Voraussetzungen abhängig: erste Voraussetzung ist ihm, daß sich eine Mehrheit im Hause noch vor seinem Rücktritt darüber verständigt, auf welcher Grundlage die neue Regierung gebildet werden soll; zweite Voraussetzung, daß sich die gleiche Mehrheit über die Person des Ministerpräsidenten einigt.

Herr Stegerwald begründete diesen Standpunkt damit, daß er der Welt nicht wieder das Schauspiel langer unfruchtbarer Verhandlungen bieten wollte, wie man sie vor seiner Wahl erlebt habe. Das klingt sehr menschenfreundlich. Aber in Wirklichkeit steckt eine ganz andere Absicht dahinter. Die beiden Regierungsparteien, Zentrum und Demokraten, haben nämlich bereits durch ihre Sprecher erklärt, daß ihr Ziel die Regierungsbildung „auf breiter Grundlage“ sei. Was sich hinter dieser Redensart verbirgt, ist hinlänglich bekannt: die Sehnsucht nach dem Block von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie.

Nun wissen aber die beiden Mittelparteien sehr genau, daß dieses Ziel von der Sozialdemokratie mit aller Schärfe abgelehnt wird. Und bei einiger Ueberlegung sollten sie sich auch sagen, daß die Gründe, aus denen die Sozialdemokratie schon im Frühjahr 1921 trotz wochenlangen Werbens den unnatürlichen Bund ausgeschlagen hat, inzwischen durch ein politisches Ereignis ersten Ranges noch an Gewicht bedeutend gewonnen haben: nämlich durch das Verhalten der Deutschen Volkspartei in der Frage des Ultimatums. Die Mittelparteien sollten gemerkt haben, daß seit der Flucht der Streikmänner vor der Verantwortung die Geschlossenheit, mit der die Sozialdemokratie jedes Zusammengehen mit dieser Partei ablehnt, die denkbar vollständigste geworden ist.

Wenn die beiden Regierungsparteien des Ministeriums Stegerwald also die Regierungsbildung „auf breiter Grundlage“ anstreben, und wenn Herr Stegerwald darauf erklärt, er werde nicht zurücktreten, bevor die Einigung über die neue Regierung erzielt sei, so heißt das auf deutsch, daß Herr Stegerwald nur dann zurücktreten will, wenn die Regierung des Blocks von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie zustande kommt, daß er aber überhaupt nicht an Rücktritt denkt, solange diese Regierung nicht gesichert ist. Und da ja Herr Stegerwald zur Genüge weiß, daß die Sozialdemokratie sich nicht in diese Sprengstoffkoalition hineinmischen lassen will, so sagt seine Regierungserklärung im Grunde nur, daß er überhaupt nicht zurücktreten will.

Vielleicht meint Herr Stegerwald auch, durch sein Verbleiben eine PreSSION auf die Sozialdemokratie nach der Richtung hin ausüben zu können, daß diese ihren Widerstand gegen die Blockgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei aufgibt, sobald sie erkennt, daß anders als durch diese Koalition das Ministerium Stegerwald nicht zu beseitigen sei. Diese Rechnung hätte ja insofern etwas für sich, als tatsächlich das jetzige Kabinett Stegerwald mit seiner inneren und äußeren Abhängigkeit von der Rechten in unseren Augen eine sehr unerfreuliche Erscheinung ist, deren Beseitigung wir für eine der wichtigsten politischen Aufgaben der Gegenwart halten.

Aber Herr Stegerwald irrt sich sehr, wenn er meint, daß die Sozialdemokratie diese Beseitigung durch ein Opfer ihrer Ueberzeugung erstreben wird. Die Sozial-

demokratie will das Kabinett Stegerwald beseitigen, weil sie in ihm einen Hemmschuh für die wichtigsten Aufgaben der preussischen Politik, namentlich für die Durchführung der Verwaltungsumbildung erblickt. Daß Herr Stegerwald tatsächlich diese Reform auf die lange Bank zu schieben gedenkt, zeigt seine Erklärung an anderer Stelle. Die Sozialdemokratie will ferner das Kabinett Stegerwald beseitigen, weil es in den wenigen Wochen seiner Existenz schon gezeigt hat, daß es den mit vieler Mühe begonnen Umbau des Verwaltungsapparates durch eine ganz und gar verkehrte Personalpolitik im Sinne des alten Systems wieder rückwärts revidieren will.

Aber man beseitigt nicht ein unerfreuliches System, um ein andere unerfreuliches System an seine Stelle zu setzen. Die Beseitigung des Kabinetts Stegerwald hat in unseren Augen nur dann politischen Zweck, wenn an seine Stelle eine mehr nach links gerichtete Regierung tritt. Es müßte dies zum mindesten eine Regierung sein, die in ihrer Zusammensetzung der jetzigen Reichsregierung entspräche. Eine solche Regierung würde in Preußen sogar, anders als im Reich, eine unbestreitbare Mehrheitsregierung sein. Und wenn fortwährend von der Notwendigkeit geredet wird, die Regierungsbasis zu verbreitern, so möchten wir darauf hinweisen, daß selbst demokratische Blätter bereits zu der Einsicht gekommen sind, daß es auch Verbreiterungsmöglichkeiten nach links gibt.

Wenn Herr Stegerwald etwas sehr selbstbewußt sich den Zeitpunkt für seinen Rücktritt vorbehalten hat, so sollte er nicht vergessen, daß es in einer Demokratie nicht ganz im Belieben eines Ministeriums steht, sich seine Sterbestunde selber auszusuchen. Namentlich nicht im Belieben eines solchen Ministeriums, dessen parlamentarische Basis nur aus einem Viertel der Gesamt Abgeordnetenzahl besteht. Trotz der schönen Versicherungen des Herrn Stegerwald, er werde erst dann und dann zurücktreten, wenn er es für gut befände, bzw. er werde überhaupt nicht zurücktreten, kann schon sehr bald der Moment kommen, wo er zurücktreten muß, ob er will oder nicht. Und wenn Herr Stegerwald vielleicht sich auch der Unterstützung der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei in Preußen so sicher glaubt, daß er meint, mit Hilfe der beiden Rechten sich unbegrenzte Zeit im Sattel zu halten, so kann trotzdem sehr leicht eine Situation entstehen, wo selbst die glühende Liebe des Herrn von der Osten und seiner Gefolgschaft das Ministerium nicht mehr rettet. Ob Zentrum und Demokraten dauernd darin einwilligen werden, sich durch Herrn Stegerwald unter deutschnationales Kuratel stellen zu lassen, wollen wir ganz unerörtert lassen.

Jedenfalls hat Herr Stegerwald eine Situation verpaßt, in der er die für die Dauer unhaltbare Stellung seiner Regierung mit Anstand hätte beenden können. Verpaßte Gelegenheiten pflegen in der Politik selten wiederzukehren, und man wird dem Ministerium Stegerwald ein weniger angenehmes Ende prophezeien müssen, als es jetzt hätte haben können.

Schade fürwahr, denn Herr Stegerwald gehörte einst zu den Leuten, die einen guten Ruf als Politiker noch zu verlieren hatten. Nun wird er bald zu denen gehören, von denen man zu sagen pflegt, sie hätten eine große Zukunft hinter sich.

In seiner Red. zur preussischen Etatdebatte im Landtag führte

Abg. Braun (Soz.)

weiter aus: Wir haben in der Rede des Finanzministers Vorschläge darüber vernommen, wie er sich die Deckung der Fehlbeträge denkt. Die einzige ergiebige Steuerquelle, die Grundsteuer, hat er sich ja selbst verschlossen, indem er sie den Gemeinden überlassen will. Er macht sich seine Aufgabe zu leicht, wenn er sich auf die Hilfe des Reiches dabei verlassen will. Das besagt doch nur, daß ein Zahlungsunfähiger sich auf einen anderen Zahlungsunfähigen verläßt. Bei der Notlage des Reiches belügt man sich selbst, wenn man sich auf Reichshilfe verläßt. Wir müssen eigene Steuerquellen finden. Ich hätte wenigstens eine Ueberzeugung des Finanzministers darüber erwartet, welche Steuerquelle für ihn als die erste vor allen anderen in Betracht kommt. Sehr viel herauszuholen wäre ja aus den Domänen gewesen. Beider hat die vorige Landesversammlung

die Selbstbewirtschaftung der Domänen

abgelehnt. Ich glaube aber, daß die Not der Zeit auch die Rechten zwingen wird, auf diese Einnahmequelle später noch zurückzukommen.

Im Interesse des ganzen deutschen Volkes muß die Demokratisierung des Verwaltungswesens durchgeführt werden. Der verfassungsmäßige Ausnahmezustand muß in

den Teilen Preußens, in denen er noch besteht, so schnell als möglich aufgehoben werden. Die Verfassung muß vor allen Dingen gewahrt bleiben. Die Behauptung, daß die Ortschaft eine Selbstschutzorganisation sei, ist falsch. Aus der Vernehmung eines kürzlich verhafteten Hauptmanns haben wir erfahren, daß die Ortschaft ihre Waffen sich von den Entwaffnungsstellen, die dem Entwaffnungskommissar unterstehen, wieder abholen können. Es geht nicht an, daß derartige Organisationen den Schutz der Bevölkerung übernehmen. Das ist alleinige Aufgabe des Staates. Hinter den Ortschaftsorganisationen stehen gewisse Kreise, die die Monarchie allzu gern wieder an der Regierung sehen. Werden die Selbstschutzorganisationen nicht aufgelöst, so könnte das Volk zur Eigenhilfe greifen, was doch auch Sie (nach rechts) wohl lieber vermeiden würden. Auch die

Auseinandersehungen mit dem Hohenzollernhause

müssen so schnell als möglich betrieben werden. Ich möchte hierzu noch einen Rat geben: Wenn man 1 Milliarde, die man den Hohenzollern nachzuwerfen gedenkt, für Kriegskosten ausgeben würde, so würde das dem Gerechtigkeitsgefühl des deutschen Volkes entschieden mehr entsprechen. Denn ein Herrscherhaus, wie das der Hohenzollern, das die größte Schuld an der Verlängerung des Krieges und somit auch an den furchtbaren Folgen trägt (Großer Värm rechts), kann von einem so in der Not stehenden Volk nicht noch Großmut verlangen. Den Kreisen, die heute noch monarchistisch gesinnt sind, und das ist ein großer Teil des Beamtenums, muß ein für allemal klar gemacht werden, daß in Deutschland die Monarchie abgewirkt hat. (Widerspruch rechts. — Vachen bei den Soz.) Ein so blutbesiedeltes System kann und darf nicht weiterregieren. (Beifall bei den Soz. — Stürmische Entrüstungs- und Psuirufe rechts. — Jura! Das war die Bistitenkarte bei den Unabhängigen! — Gegenruf: Sie haben Ihre Längst bei den Kommunisten abgegeben!)

Abg. von Papen (Z.): Die hohen Ausgaben für soziale Zwecke sind sehr erfreulich. Mit Genugtuung begrüßen wir die Uebernahme der Entschädigung der in Oberschlesien ausgeschiedenen Beamten durch die Regierung. Oberschlesien darf kein Schacherobjekt der internationalen Politik werden. (Beifall bei den Soz.)

Abg. von der Osten (Dnat.): Das alte System hat in Preußen und Deutschland während der 500jährigen Regierungszeit eine große Menge Errungenschaften gebracht. Die Ausführung des Abg. Braun bedeuten Kampf nach innen an Stelle der notwendigen Zentralisierung aller Kräfte nach außen. (Sehr richtig! rechts.) Wir werden den Haushalt genau prüfen und für baldige Verabschiedung sorgen. Eine Blankovollmacht können wir jedoch nicht ausstellen. Ohne Oberschlesien ist die Erfüllung unserer Verpflichtungen unmöglich. Ein Mann, wie General De Rond, müßte unbedingt verschwinden. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. v. Richter (D. Sp.): Wir werden nicht abgehen von dem Grundsatz: Keine Ausgabe ohne Deckung. Alle Parteien haben an der Erfüllung des Ultimatums mitzuwirken, aber Herr Braun lehnt jede Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei ab. (Sehr richtig! rechts.) Die Mahnung zur Sparsamkeit unterschreiben wir; doch soll sie nicht ausgedehnt werden auf das soziale Gebiet, insbesondere auf die Jugendberziehung.

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.): Unser Finanzelend beweist, wie notwendig die Vereinheitlichung der Verwaltung und die

Aufhebung der ganzen Kleinstaaterei

gewesen wäre. Nach der von der Rechten vertretenen Logik, daß Schalem für alle zivilrechtlichen Folgen des politischen Aufstufes verantwortlich zu machen sei, der in dem von ihm redigierten Blatt gestanden hat, müßte man Herrn Dominicus für diese Gefährlichkeit seiner Beamten ins Gesicht speien. (Vizepräsident v. Kries ruft den Redner zur Ordnung.)

Abg. Leib (U. Soz.): Die Arbeiter erkennen schon, daß die Kommunisten gegen ihre eigenen Interessen kämpfen. Bei der Ablehnung des Ultimatums haben die Kommunisten mit den Deutschnationalen an einem Strang gezogen, und zwar aus der gleichen politischen Tendenz. Aus der preussischen Klassenjustiz ist jetzt eine Schandjustiz geworden, wie sie in der ganzen Welt unerhört ist. (Beifall bei den Soz.) — Widerspruch und Lärm auf der Rechten.) Das schon im Vorjahre angekündigte Gesetz über die neue Gemeindeverfassung muß endlich vorgelegt werden mit der Beseitigung des Bestätigungsrechts der Oberpräsidenten. Die Reform der Finanzen darf nicht zu einer weiteren Belastung der breiten Masse führen. Dagegen muß

das Vermögen der Hohenzollern restlos herangezogen

werden. (Sehr richtig! links.) Die Kämpfe um das Finanzprogramm werden für die Arbeiter nur dann von Nutzen sein, wenn die arbeitenden Klassen sich nicht mehr gegenseitig zerfleischen, sondern ihre gesamte Macht den Ausbeutern gegenüberstellen. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Dejer (Dem.): Um eine Erhöhung der Grundsteuer werden wir nicht herumkommen. Den Weg der Zwangserschaffung darf man nicht wieder beschreiten. (Zustimmung bei den Dem.)

Ministerpräsident Stegerwald:

Die Vorwürfe des Herrn von der Osten, daß die Regierung in Oberschlesien nicht ihre Schuldigkeit getan hätte, sind unbedeutend, ich werde aber den Reichsfinanzminister auf diese Wünsche hinweisen. Das Gesetz über die Provinzialautonomie ist bereits angenommen. Die Landgemeindeordnung ist fertig, die Städteordnung wird demnächst mit den Städtevertretern besprochen



werden. Zur Sanierung unserer Finanzen müssen wir zunächst einen gewissen Anteil an der Einkommensteuer bekommen. Ferner muß die Grundsteuer sowohl für die Gemeinden wie für die Länder durchgeführt werden. Es wird notwendig sein, irgendeine kleinere Steuer zu erhöhen oder einzuführen. Eine Regierungsumbildung halte ich auch heute noch für politisch erwünscht und sachlich notwendig. Der soziale und wirtschaftliche Teil der Revolution befindet sich erst im Anfang. (Sehr richtig! links) In den letzten 8 1/2 Jahren haben wir ja nur mit der Pumpwirtschaft gearbeitet. Bei der enormen Schuldenlast kann nicht so wie bisher Politik gemacht werden, vielmehr müssen die sozialen Umwälzungen von allen Schichten des Volkes getragen werden. Wir müssen aus unserer Wirtschaft herausheben, was herauszuheben ist, und alle Schichten müssen einsehen, daß sie ihre bisherige Lebenshaltung nicht beibehalten können. (Große Unruhe bei den U. Soz. und Komm.) Wenn ein Volk einen solchen Krieg liquidieren soll, können nicht die Besitzenden allein die Lasten aufbringen. (Uebhafter Widerspruch und Unruhe links.) In der Frage der Regierungsumbildung kann ich augenblicklich nicht viel tun. Erste Voraussetzung für eine Umbildung ist, daß sich eine Mehrheit im Hause zusammensindet und sich darüber verständigt, auf welcher Basis eine Regierung gebildet werden soll, und zweite Voraussetzung ist, daß sich die gleiche Mehrheit darüber verständigt, wer Ministerpräsident werden soll. Dann erst kann der Ministerpräsident die Initiative ergreifen. Vorher ist es unmöglich zurückzutreten und der Welt das Schauspiel zu bieten, daß wir wieder wochenlang ohne Regierung sind. Nur wenn die Parteien Opfergeist bekunden, kommen wir aus der schwierigen Lage heraus.

Finanzminister Samisch: Die Grundsteuer muß den Ländern und Gemeinden überlassen bleiben. Bei einer Besprechung der Landesfinanzminister mit dem Reichsfinanzminister soll eine Aussprache über den möglichen Grad der Anspannung der Grundsteuer herbeigeführt werden.

Abg. Bießer (Weise): Die Behauptung Veinerts, daß die Deutschhannoveraner sich des Landesverrats schuldig gemacht haben, ist unhaltbar. Ueber die Zukunft Hannovers werden wir im gegebenen Augenblick entscheiden, denn das hannoversche Volk hat ebensolchen Anspruch auf Freiheit wie ein anderes. (Zuruf des Abg. Veinert (Soz.): Sind Sie denn das hannoversche Volk? — Große Heiterkeit.) Unsere Lösung bleibt, wir wollen gute Deutsche, aber keine Preußen sein. (Gelächter rechts.)

Abg. Veinert (Soz.) [persönlich]: Ich stelle fest, daß ich die Zustimmung der Weisen abgelehnt habe, bei meiner Tätigkeit als Friedensdelegierter in Versailles für die Selbständigkeit Hannovers zu wirken.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 11 Uhr: Kleine Anfragen, Weiterberatung. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Ein Erfolg der Sozialdemokratie.

Als vor einigen Wochen, unmittelbar nach dem Eintritt der Sozialdemokratie in die neue Reichsregierung, die Frage der Amnestie in einer Berliner Funktionärerversammlung der SPD. angeschnitten wurde, da stellte der Vorsitzende unter einmütigem Beifall fest, daß von einer allgemeinen Begnadigung aller durch die Sondergerichte Verurteilten, von der auch Plünderer, Brandstifter und sonstige gemeine Verbrecher profitieren würden, nicht die Rede sein könne, daß sich aber die Partei für die Nachprüfung der Urteile und für eine möglichst weitgehende Begnadigung der bloßen Mitläufer einsetzen würde. Das gegebene Versprechen ist nicht nur eingehalten worden, sondern — und darauf kommt es vor allem an — die Bemühungen der sozialdemokratischen Fraktion sind auch von Erfolg gekrönt worden.

Politik ist die Kunst des Möglichen. Die kommunistischen Abgeordneten, diese eigentlich Schuldigen am Unglück der Verurteilten und ihrer Angehörigen, hatten sich während der Rede des Kanzlers mit „Amnestie“-Rufen die Kehle heiser geschrien. Dieses Verhalten wirkte nur abstoßend auf den gesamten Reichstag, denn alle Parteien sind sich darüber einig, daß die wirklichen Verführer eben jene Schreier sind, die unter dem Schutze der Immunität andere Klassengenossen in Tod und Verderben gejagt hatten. Das Auftreten der Remmele, Höflein, Adolf Hoffmann und Co. konnte somit höchstens den Erfolg haben, den Reichstag im Sinne der Unnachgiebigkeit zu beeinflussen. Der sozialdemokratische Nachprüfungs-

und Begnadigungsantrag war das Höchstmäß dessen, was gegenwärtig zu erreichen war. Das hat auch seine Annahme mit einer knappen Mehrheit bewiesen. Ein Teil des Zentrums hat dafür gestimmt und damit den Ausschlag gegeben. Es ist uns eine besondere Genugung, feststellen zu dürfen, daß außer den meisten Arbeitervertretern des Zentrums auch der neue Reichskanzler Birch den Antrag unserer Fraktion unterstützt hat. Allein diese Tatsache sowie der Umstand, daß der frühere Kanzler Fehrenbach gegen den Antrag stimmte, hat eine symbolische Bedeutung; ja, sie ist sogar ein konkreter Beweis für den weiten Unterschied, der zwischen dem Geist der früheren und dem Geist der neuen Regierung besteht. Durch sein verständnisvolles und humanes Verhalten hat der neue Kanzler der sozialdemokratischen Arbeiterschaft bewiesen, daß das Vertrauen, das sie ihm entgegenbringt, durchaus gerechtfertigt ist.

Um so eigenartiger berührt es, daß die Demokraten geschlossen gegen den Antrag stimmten, ohne jedoch seine Annahme verhindern zu können. Vom Reichsjustizminister Schiffer hatten wir es allerdings nicht anders erwartet, ebenso von Herrn Koch, dem bisherigen sogenannten Vorgesetzten des Staatssekretärs Lewald im Reichsministerium des Innern. Wir wundern uns aber aufrichtig darüber, daß Männer wie Professor Schüding, wie der Arbeitervertreter Erkelenz und andere kein Verständnis für unseren Antrag gezeigt haben. Das „B. L.“ fühlt sehr wohl, daß die demokratische Fraktion sich eine politische... Engherzigkeit zuschulden hat kommen lassen und es versucht diese mit juristischen Bedenken zu erklären. Allerdings fügt das demokratische Organ selbst ausdrücklich hinzu, daß der Antrag auch rechtlich durch Präzedenzfälle gerechtfertigt ist und betont, daß der vom Reichstag angenommene Antrag geeignet ist, „zu einer Befreiung von Härten und Ungerechtigkeiten zu führen“. Deutlicher kann man vom Verhalten der eigenen Parteifreunde kaum abrücken. Wir indessen bedauern auch bei dieser Gelegenheit feststellen zu müssen, daß sich die demokratische Partei immer mehr und ganz im Gegensatz zu den Rechten der Nationalversammlung zum rechten Flügel der Regierungskoalition entwickelt.

## Der Kampf um die Getreidewirtschaft.

Im Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft wurde am Montag der Gesetzentwurf über die Neuordnung der Brotversorgung weiterberaten.

Abg. Wiewer (Ztr.): Die Einführung der freien Wirtschaft und die damit verbundene Anpassung des Getreidepreises an den Weltmarktpreis würde wegen der entstehenden Teuerung große Unruhe in alle Kreise der Arbeiterschaft tragen. Neben kritischer Bestätigung die ablehnende Haltung der Rechtsparteien gegenüber dem Umlageverfahren, die zu dem alten System mit verschärften Bestimmungen führen müßte.

Abg. Kämpfer (Soz.): Die Brotpreiserhöhung belastet alle Waren ohne Ausnahme. Der springende Punkt ist, ob die Regierung im nächsten Jahr imstande ist, bei freier Wirtschaft die erforderlichen Mengen Getreide aus dem Ausland einzuführen. Da dies angesichts unserer ungeheuren Reparationsleistungen nicht wahrscheinlich ist, so kann auch

die freie Wirtschaft unmöglich durchgeführt werden. Das Ablieferungscontingent ist von der Regierung gegenüber dem Jahre 1916 um volle 100 Proz. herabgemindert worden, während die Ernte nur um etwa 45 Proz. zurückgegangen ist. Der Ernährungsminister läßt offenbar aus Neigung zur freien Wirtschaft die Zügel immer lockerer schlaffen. Das Umlageverfahren steht gegenüber dem alten Verfahren um eine halbe Million Tonnen weniger vor. Das ist kein Vorzug des neuen Systems. Die Begleiterscheinungen der Korruption, der Verfälscherung von Getreide usw. werden übrigens auch durch das Umlageverfahren nicht beseitigt. Die Aufsichts- und Exekutivbehörden haben bisher vollkommen versagt. Zum Ueberflus kommt der Gesetzentwurf auch noch zu spät, da die Ernte schon im Gange ist. Nach meiner Meinung stellt der Entwurf des Umlageverfahrens lediglich einen verschleierten Uebergang zur freien Wirtschaft dar und ist daher abzulehnen.

Reichsernährungsminister Hermes: Durch das Umlageverfahren

wird der Apparat der Reichsgetreidebestelle nicht größer, sondern kleiner.

Präsident Mey (Reichsgetreidebestelle): Durch die Hinausschiebung der Fristen kann die Durchführung der Umlage noch ermöglicht werden.

Ein Vertreter der bayerischen Regierung ersucht namens der bayerischen Staatsregierung um Ablehnung der Vorlage und befristet den sofortigen Uebergang zur freien Wirtschaft.

Staatssekretär Hirsch (Reichswirtschaftsministerium): Das Interesse der Deutschen Wirtschaft muß in erster Reihe berücksichtigt und zwecks Erspörung von Devisen die Getreideeinfuhr auf das mindestmögliche Maß eingeschränkt werden. Die Zuckerschwirtschaft muß nach den Erklärungen des Reichskanzlers künftig im Interesse besonders der Lohn- und Gehaltsempfänger befristet werden.

Abg. Mollenhuth (Soz.) und Schmidt (Soz.) warnen vor dem Uebergang zur freien Wirtschaft. Schmidt (Soz.) führt die Gegner der Landwirte, die sich früher für die Umlage erklärten, auf die im Gesetz vorgesehenen Haftbestimmungen zurück. Es ist ungerecht, die Deputate der Landarbeiter heranzuziehen, während die bürgerlichen Parteien immer die volle Abgabe der Deputate verlangten. — Weiterberatung Dienstag.

## Bayern entwaffnet!

München, 6. Juni. (WZ.) Der Landeskommissar für Entwaffnung der Zivilbevölkerung erläßt eine Bekanntmachung betr. die Waffenabgabe der Einwohnerwehr. Danach muß bis zum 10. Juni auf Grund des Ultimatus der Entente die Ablieferung der Gewehre und Maschinengewehre der Selbstschutzhorganisationsen, ferner bis 30. Juni die Ablieferung sämtlicher übrigen Waffen, die unter das Entwaffnungsgesetz fallen, sowie der zugehörigen Munition der Interalliierten Militärkommission in Berlin amtlich angezeigt sein.

Die bayerische Einwohnerwehr beschloß, die Entwaffnung freiwillig durchzuführen und die Ablieferung an die Reichstreuhandgesellschaft so rechtzeitig erfolgen zu lassen, daß die von der Interalliierten Militärkommission vorgeschriebenen Fristen gewahrt werden können. An die Mitglieder der bayerischen Einwohnerwehren ergeht die Aufforderung, die in ihrer Hand befindlichen auf Grund des Entwaffnungsgesetzes abzuliefernden Militärwaffen nebst Munition nach Maßgabe der von der Leitung der Einwohnerwehren bereits bekanntgegebenen näheren Weisungen an ihre Organisation unverzüglich einzuliefern. Nichtbefolgung der Anordnung wird gemäß § 13 des Entwaffnungsgesetzes bestraft.

### Rücktritt Escherichs?

In großer Aufmachung teilt die „Deutsche Zeitung“, eine der Hauptförderinnen der Orgelorganisation, mit, daß in Kreisen, die Escherich zu kennen, versichert werde, dieser trage sich mit dem Gedanken, angesichts der Not des Reiches von seinem Posten als Leiter seiner Organisation zurückzutreten. Die „Deutsche Zeitung“ ist selbstverständlich über diese Absicht außerordentlich betrübt. Man gewinnt jedoch aus ihrer Meldung den Eindruck, daß Escherichs Rücktrittsabsichten nur eine seltene Geste sind, die zwar allerhand Hoffnungen erweckt, tatsächlich aber zu nichts verbindet. In allen den Kreisen, die mit banger Sorge die ständige Bedrohung der deutschen Republik, hervorgerufen durch das provokatorische Auftreten der Escherich-Garden, verfolgt haben, würde der Rücktritt des Forstwarts Escherich ein tiefes Aufatmen hervorrufen. Es wäre das erstemal, daß das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit sich mit einer Handlung des bayerischen Reaktionärhüpfelns einverstanden erklären könnte.

### Rundgebung der bayerischen Sozialdemokratie.

München, 6. Juni. (WZ.) Eine von Delegierten aus 70 bayerischen Orten besetzte Bezirkskonferenz der Sozialdemokratischen Partei nahm einstimmig eine Entschließung dahin an, daß die Regierung nur durch ihre Haltung in der Einwohnerwehrfrage der Entente den Vorwand zur Androhung von Gewaltmaßnahmen geliefert habe und daß die Konferenz ein aufrichtiges und vorbehaltloses Zusammenarbeiten der bayerischen mit der Reichsregierung fordert.

## Das Paradies von Bali.

Die Sehnsucht nach der Natur, nach der Schönheit und Ansehnd primitiver Zustände lebt in unserer Kultur besonders stark und läßt die Phantasie wie die Kunst nach jenen fernen Ländern flüchten, wo der Mensch noch eng mit der Mutter Erde verbunden ist und herabblüht als ihr liebtes Kind. Ein solcher paradiesischer Erdflüchtling ist die Insel Bali, die westlichste der Sunda-Inseln, über deren Natur und Menschenleben uns ein zweibändiges, im Falkenberg-Verlag zu Jagen erschienenes Prachtwerk unterrichtet. Der bekannte Kenner der östlichen Kunst, Dr. Karl Witte, hat sich mit dem Arzt Dr. G. Krause, der auf Bali gelebt hat, vereinigt und in einer Fülle von photographischen Aufnahmen eine lückenlose Anschauung von dem Gesamtbild der Insel mit ihren Menschen geboten. Was die reine Schönheit dieses Paradieses dem Europäer heute bedeutet, hat Witte in seiner Einleitung formuliert. „Die insulare Abgeschlossenheit, die Fülle tropischer Sonne, gemildert von Wind und Küste, die Fruchtbarkeit der vulkanischen Schlade, der physische Reichtum der malaisischen Rasse, erhöht durch die Mischung mit dem kräftigen Hindum, die ursprüngliche Reinheit der menschlichen Veranlagung, die Ueberhöhung ihres weltlichen Horizontes durch Berührung mit indonesianischer Kultur — all das bedeutet ein außerordentlich günstiges „Körperförderung“ zum Lebenswachstum, zur Entfaltung und Blüte dieses Volkes. Der Brutalität tropischer Natur fehlt der böhmische Mensch seine Sanftmut, seinen Stolz und seinen Fleiß entgegen. Aus Urwäldern unheimlicher Dichte werden Gärten; aus Waldhängen wird ein ununterbrochenes Gefälle von Terrassen; aus der Ebene ein ungeheures Schaubrett mit spiegelnden Feldern. Aber nur so weit geht hier die Arbeit und Belastung des Bodens, als der eigene Bedarf geht, als die Erntezug der Familie und des Dorfes es fordert; wird nicht zu Handel, Besitz, Bereicherung; nicht zum Lohnträger und Herrenum. Den Naturgegebenheiten von Boden, Klima und Wachstum folgt der einzelne gegenüber wie einem unbegreifbar riesigen Koloss. So erwächst als eine Notwendigkeit — wie ein Bodenprodukt — die Gemeinschaft der Arbeit: im Offenhalten und Freilegen der Wege, im Roden der Wälder, im Anlegen des Bewässerungssystems für den Reisbau; die Gemeinschaft der Bedürfnisse: von Land für die Familie, von Wasser für die Reisfelder. Gemeinschaft in der Arbeit aber ist zugleich Organisation der Kräfte, in Verteilung und Zumeßung. Diese Menschen sind ebenso stark im freiwillig folgen Gehorchen, wie rein in der Verpflichtung des Gebietens, Ordners und Schlichtens.“

So leben die Balinesen in beschriebenen, aber sehr harmonischen Verhältnissen. Wie sie maßvoll sind inmitten der sinnlichen Glut der Atmosphäre, voller Disziplin in der Grenzenlosigkeit der Natur, so entfalten sie auch eine höchste Schönheit des Leibes und des Weltgefühls. Nach den Schilderungen Krauses erblicken sie in Menschen und Dingen denselben göttlichen Seelen- und Lebensstoff, der so fein und empfindungsreich ist, daß man sich hüten muß, ihn zu erschrecken oder zu beleidigen; er entflieht dann und läßt die körperliche Hülle zurück. Das wirkt schon auf die Erziehung der Kinder ein. „Mit einem Kinde muß man, da seine Verbindung mit dem Körper besonders zart ist, besonders rücksichtsvoll sein.

Es darf nie gestraft werden, in seiner Nähe darf kein hartes Wort fallen, nichts Unziemendes geschehen. Nirgends auf der Welt sieht man Kinder so sanft, so lernbegierig, so voll Vertrauen. Wo ist sonst noch ein Land, wo ohne Schulden fast jeder lesen und schreiben kann, wo Knaben Ornamente in den Sand oder auf die Mauern zeichnen, um die sie mancher, der sich bei uns ein Künstler nennt, beneiden würde, wo kleine Mädchen aus Lantarnblättern und Blumen den schönsten Schmuck flechten. Mit Tieren und Pflanzen spricht der Balier wie mit Menschen. Ein Jüngling, der die Zuckerpalme erklimmt um ihren Saft zu zapfen, umarmt den Stamm zuvor und redet zu ihm.

So offenbar sich hier eine Einheit von Natur und Mensch, ein harmonisches Blühen und Reifen in höchster Schönheit, wie es dem zivilisierten Menschen verloren gegangen ist.

Eine neue elektrische Kraft haben zwei junge schwedische Gelehrte, Alfred Nohrien und Knud Rabbe entdeckt, die sie zum erstenmal in dem Londoner Institut für elektrische Ingenieurtechnik vorführten. Die Sachverständigen dieses Anstalts erklärten, daß die Entdeckung die wichtigste sei, die in den letzten 10 Jahren auf diesem Gebiet gemacht worden ist. Die neue Festlegung der beiden Schweden besteht darin, daß, wenn ein außerordentlich schwacher elektrischer Strom durch ein Stück Metall oder Schiefer und ein damit in Verbindung gebrachtes Stück Metall geht, die beiden Stücke so fest aneinanderhaften, wie ein Stück Stahl an einem Magneten. Das Wichtigste bei dieser Erfindung ist aber, daß die Anziehung schon durch ein Billionstel Teil des elektrischen Stromes ausgelöst wird, der im Falle des Magneten und Stahls notwendig ist. Daher kommt die große Bedeutung der neuen Kraft für Telephonie und Telegraphie, besonders für die drahtlose Telephonie und Telegraphie einleitet wird.

Der Entdecker des Anisprins, Professor Ludwig Knorr, ist im Alter von 62 Jahren in Jena gestorben, wo er als Dozent und Leiter des Chemischen Instituts an der Universität seit 1889 tätig war. Schon vorher, als er noch in Würzburg lehrte, hatte er, und zwar durch einen Zufall, das wirksame Fiebermittel entdeckt, das dann bald in die praktische Medizin eingeführt wurde, in der es trotz der Konkurrenz des Antifebrins und Pyramidons bis heute seinen Platz behauptet hat.

Das unsterbliche Hühnerherz. Die amerikanischen Zeitungen berichten, daß es dem französischen Gelehrten Dr. Carrel, der dem Rockefeller-Institut von New York angehört, gelungen sei, ein Hühnerherz so zu konservieren, daß es acht Jahre nach dem Tode des Tieres immer noch schlägt. Es soll sich um die Verdrickung eines Herzfragments handeln, das nicht einem lebendigen Hühn, sondern dem Embryo eines Hühnchens im Jahre 1913 entnommen wurde. Ein Arzt und zwei Wärterinnen überwachen dieses lebendige Zellengewebe, das sich in einem Glasgefäß unter einer konstanten Temperatur von 40 Grad Celsius befindet. Alle 48 Stunden wächst das Zellengewebe auf das doppelte Volumen, und der Arzt pumpt unter den rigorossten Vorsichtsmaßnahmen den Schnitt, der die jungen Zellen von den alten trennt. Die alten Zellen werden entfernt und nur die neuen der gleichen Auf-

beahrung unterstellt. Das „Herz“, das Dr. Carrel aufbewahrt, ist also streng genommen die 1500. Generation, und die Fortentwicklung des Zellengewebes kann sich nach beliebiger Zeit fortsetzen, vorausgesetzt, daß der Arzt nicht durch irgendein ungeglücktes Wunder dem Leben des Gewebes ein Ziel setzt. Dr. Carrel erklärt das Wachstum der Zellengewebe mit der Fortdauer einer bestimmten chemischen Funktion oder Reaktion, in der er das eigentliche Kennzeichen des geschlossenen Vorganges gefunden zu haben glaubt, den die gewöhnliche ungelehrte Menschheit als „Leben“ zu bezeichnen pflegt.

Natursehnsucht Sgl. Der Däremund hat an die Preussische Staatsregierung eine Eingabe gerichtet, die die Erklärung von Nord- und Ostpreußen und Lit. womöglich aber auch von anderen benachteiligten Stellen auf den norddeutschen Inseln und den Halligen zu Naturschutzgebieten erbittet. Es gilt diese durch ihre unberührte, ganz eigenartige Schönheit ausgezeichneten Gegenden vor der Spekulation zu retten, die damit umgeht, aus Klampen oder Litz ein sogenanntes Wellbad zu machen. Schon vor Actienausbruch ist übrigens eine solche motivierte Eingabe von Avenarius verfaßt und von einer großen Zahl bekannter hervorragender Persönlichkeiten aus ganz Deutschland unterzeichnet worden. Wir nennen nur: Karl und Gerhart Hauptmann, Räte Roswig, Max Liebermann, Hans Vorhies, Paul Schulze-Naumburg.

Der Klavierverbrauch des Kinos. Welche gewaltige Anforderungen das Kino an ein Klavier stellt, kam dieser Tage bei einer englischen Gerichtsverhandlung zur Sprache. Ein Zeuge erklärte, daß ein Klavier nach dreimonatigem Gebrauch in einem Kino unbrauchbar sei, und der Richter berechnete daraufhin: „Vier Klaviere in jedem Jahr bei 4000 Kinos macht 16 000 Klaviere im Jahr. Ein gutes Geschäft für die Klavierfabriken!“ Aber der Haken ist der, daß die Klaviere im Kino, auch wenn sie unbrauchbar sind, noch weiter gebraucht werden.

Das Grab Diegils mit dem Grundriß auf dem sich die letzte Ruhestätte des römischen Dichters befindet, wird nach Verichten aus Rom für 100 000 Lire zum Verkauf gestellt.

Ein neues Werk von Arno Holz. Am Verlaß von Alfred Richard Meyer, Berlin-Wilmersdorf, erscheint demnächst, jedoch nur für Subskribenten ein großes, bisher unveröffentlichtes Gedicht von Arno Holz „Wald-De“. Der Dichter behauptet sich darin mit einer neuen mathematischen Zahlentheorie, die er als praktisch notwendig zu erweisen versucht.

„Salvation“ nennt sich eine neue Berliner Kunstausstellung, deren Vorzug nicht aus Künstlern, sondern aus Kunstschaffenden besteht. Sie will sich keiner bestimmten Richtung anschließen und nur kleine Ausstellungen von höchstens 30 Kunstwerken veranstalten. Die erste soll Anfang September stattfinden. Der geschäftliche Leiter ist Verlagshändler Schermeister, Am Kupfergasse 1.

Die Kunstausstellung Friedrich Wuritz, Potsdamer Straße 113, eröffnet am Dienstag, den 7. Juni, ihre neue Ausstellung mit Kollektionen von Gemälden von Louis Corinck, Erich Hefel, Ludwig Kuhnner, Otto Müller, Heinrich Rosen, Max Beckstein, Schmidt Rottfuß. Ferner werden Zeichnungen und Aquatelle von Jowlesky, Kotoshka, Schwarz, Dombur, Klein usw. gezeigt.

Die Bibliothek des Kunstgewerbemuseums ist im Juni in ihrem 24. Jahrgang erschienen. Sie enthält eine Auswahl von Originalen des Bundes Deutscher Kunstgewerbetreuer, Landesgruppe Berlin-Brandenburg, aus.



Mittwoch, Mitglieder-Versammlungen der SPD. in Groß-Berlin! den 8. Juni:

Groß-Berlin Der weiße Sarg.

Strassenbahnen, Automobile, Wagen, Radfahrer, alles jagt und tobt die Straße entlang. Aber mitten durch diesen Lärm zieht ein schwarzer Wagen seine einsame, stille Spur. Langsam und dennoch mit einer gewissen Unrast strebt er vorwärts.

Es ist kein kleiner Sarg, der einen kleinen Menschen bergen würde, ein Kind. Der weiße Sarg ist groß und lang und den die weißen Bretter umhüllen, das war ein Erwachsener. Die Sitte des Nordens kennt nur schwarze Särge. Das reine Weiß der Umhüllung blieb den Kindern und den Jungfrauen.

Der Wagen hält vor dem Friedhofportal. Der weiße Sarg wird herabgehoben. Der Mann hinter dem Wagen entblößt das Haupt. Als der Totenschein an ihm vorbeigeleitet, sieht es aus, als wolle er sich auf ihn stürzen.

Und indem man wieder den Blick wendet, sieht man überall, strahlend und so Menschen sehen, Frauen und Mädchen. Sie haben Lächeln in den Händen und trocken heiße Augen.

Zum Tode Harry Waldens.

Die Gattin Harry Waldens ist jetzt auch ihrem Gatten und Sohn in den Tod gefolgt und ihren schweren Verletzungen erliegen. In einem Brief, den sie zurückließ, schreibt sie, daß sie es war, die ihrem Mann und ihrem Sohn nach Verabreichung von mehreren Morphiumspritzen die Pulsadern öffnete, um dann selbst Hand an sich zu legen.

Der Konflikt im Lazarett Schloß Charlottenburg.

Wegen der Vorkommnisse im Lazarett Schloß Charlottenburg, über die wir am Sonnabend berichtet haben, fand am Sonntag auf dem Luisenplatz vor dem Schloß eine Versammlung statt.

Stine Menschenkind.

III. Der Sündenfall.

Von Martin Andersen Nexö.

Die meisten Frauen waren vom Vormittag an im Krug und halfen Kaffeebrot backen, Bier und Brantwein abzapsen und Brot schneiden. Von allen Sorten war eine unbegreifliche Menge aufgestapelt; es war nicht zu fassen, wie der Krugwirt das alles hatte aufstreifen können.

Die Lazarettinsassen wollten öffentlich Klage über die Behandlung führen, die ihnen in diesem Konflikt zuteil geworden ist.

Einem uns darüber zugehenden Bericht entnehmen wir folgendes: Acht Leuten hat man die notwendige Nahrung entzogen, und einigen verweigert man ärztliche Behandlung. Einer ist vor kurzem operiert worden, der Bein stumpf ist noch offen, einem anderen ist der Stumpf angewachsen — keine Hilfe! Kameraden, die Nahrung reichen, sind mit Strafe bedroht.

Aus den Kreisen der Lazarettinsassen geht uns noch eine ausführliche Darstellung zu, die jene Angaben bestätigt. Sie betont im übrigen, daß die Lazarettinsassen in ihrer Gesamtheit ruhig und friedlich sind. Wenn Vertrauenspersonen das Recht der Kameraden und auch ihr eigenes mit Entschiedenheit gewahrt haben, so könne man ihnen das nicht verübeln.

Noch am Sonntag ist eine neue Verfügung gekommen, die für den 9. Juni die Auflösung des ganzen Lazarettes androht, falls die zur Entlassung verurteilte Patientengruppe nicht bis zum 8. Juni das Lazarett verlassen hat.

Verliebte oder hypnotisierte Frauen?

Die in medizinischen und juristischen Kreisen viel erörterte Frage, in wie weit die Hypnose strafbare Handlungen auslösen könne, beschäftigt jetzt die Staatsanwaltschaft beim Landgericht III. Der bekannte Hypnotiseur Lo Rittag ist unter der Beschuldigung verhaftet worden, zwei Ehefrauen durch seine hypnotische Kunst veranlaßt zu haben, ihre am Kurfürstendammbahnhof befindlichen kostbaren Wohnungseinrichtungen zu verkaufen und den Erlös auf einer gemeinschaftlichen Vergnügungstour nach Schierke zu verbrennen.

Die Bezirksoberjammlung des 19. Bezirks (Pankow) beschäftigte sich mit dem diesjährigen Etat, der eine Einnahme von 21 488 000 M. und eine Ausgabe von 58 398 000 M. aufweist, so daß noch ein Bedarf von 36 910 000 M. notwendig ist.

Es war ganz drollig, so im Freien bei Tisch zu sitzen — die ganze Bevölkerung! Oben vom Tischende her, wo Lars Peter mit seinen Kindern saß, konnte man den ganzen langen Tisch übersehen, mit allen den Stapeln von Schnecken und Zuderbröt — und konnte verfolgen, wie die Frauen sich von beiden Seiten mit den Kaffeekannen heranarbeiteten.

„Die Reihe kommt auch an uns,“ sagte Lars Peter beruhigend. „Bloß Geduld!“

Nun entdeckte Stine, daß sie noch nichts bekommen hatten, und brachte die Kanne. „Sieh den Jakob an,“ flüsterte sie lachend, während sie dem Vater einschenkte. Der Vormundhinter-Jakob hatte einen ganzen Stapel Kaffeegebäck zu sich herangezogen, oh wie ein Hund — mit der einen Seite des Schlundes — und knurrte, wenn jemand etwas von dem Stapel nehmen wollte; die Flinte hatte er zwischen den Knien.

Es waren wohl mindestens hundert Menschen hier beisammen, und doch war für noch mehr gedeckt. Das ganze andere Tischende war frei; dahinter sah man das Feuer mit dem gewaltigen Kupfertessel, der zwischen drei Stützen hing. Rosnus Offens Frau war Kaffeewirtin. Sie sorgte für den Kessel, ohne sich von irgend etwas stören zu lassen! Mit einer großen Schöpfkelle in der Hand, mahlte sie die Bohnen — ein Pfund war es wenigstens. In dem Augenblick, als das Wasser ins Kochen kam, streute sie den Kaffee mit sicherem Wurf darüber hin. Er sank zu Boden und das Wasser hörte einen Augenblick auf zu kochen.

Als die ersten drei, vier Tassen getrunken waren, spürte man den Drang, den Mund auch zu etwas anderem zu gebrauchen; die Männer begannen einander zuzurufen. „Na, wie geht's, Lars Peter, kriegst du bald mehr Leut' an den Tisch?“ fragte Rosnus Offens. „Es wird leichter — wie das alte Weib sagte, als es die Buren verlor,“ erwiderte Lars Peter. Am ganzen Tische wurde gelacht, und die Unterhaltung kam in Gang — über das Wetter heute und das vor acht Jahren beim Scheunenfest.

Einsparung von Mitteln für soziale Aufgaben. Namentlich war es der Redner der SPD., der besonders auf die Aufgaben der Jugendfürsorge und Gesundheitspflege hinwies, wie verheerend der Krieg in dieser Beziehung unter den Menschen gewütet hat. Nach einem Appell an den Magistrat, bei diesen Positionen Streichungen nicht vorzunehmen, klangen seine Ausführungen aus in den Wunsch, alle Kräfte zusammenzufassen, um durch praktische Arbeit Groß-Berlin aus den schwierigen Verhältnissen herauszubringen.

Einen Sängertag in Pankow veranstaltete am letzten Sonnabend das Volksbildungsamt dieses Bezirkes. Bei dem prachtvollen Wetter hatten sich die Gäste zu Tausenden im Bürgerpark eingefunden, der für solche Massenveranstaltungen wie geschaffen ist. Mit Ausnahme eines einzigen Vereins nahmen sämtliche Gesangsvereinigungen Pankows an dem Abend teil, dessen umfangreiches, künstlerisch beachtenswertes Programm den einzelnen Chören gute Gelegenheit bot, ein hohes Maß choristischer Reife zu zeigen.

Zum Reichsschulgesetz. Die Bezirksgruppe Groß-Berlin der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer“ beschäftigte sich in ihrer stark besuchten Sitzung am 4. Juni mit dem Entwurf zum Reichsschulgesetz. Nach eingehender Erörterung wurde eine Entschließung angenommen, in der eine großzügige Propaganda gegen den Entwurf, der eine Bedrohung unserer Volksschule bedeute, gefordert wird.

Die Eröffnung einer zweiten Girokasse durch die Dichterberger Städtische Sparkasse, jetzt Bezirkssparkasse für den Verwaltungsbereich 17, erfolgt am 15. Juni im Hause Boghagener Straße 55, Ecke Bühlischstraße. Die Kasse, die der in demselben Raum untergebrachten Sparkassenzweigstelle I angegliedert ist, hat die Aufgabe, den Depositionen, Kontokorrenten, Schecks und Giroverkehr zu pflegen und ermöglicht den Geldüberweisungsverkehr nach allen Plätzen des In- und Auslandes.

Eintrittsfreie Tage im Kaiser-Friedrich-Museum sind von jetzt ab Mittwoch und Sonnabend (statt bisher Mittwoch und Freitag). Das Schloß am Lustgarten wird neuerdings in immer steigendem Maße von Verlonen aufgesucht, die der irrgen Meinung sind, das daselbst im Antiken-Begriffen Schloßmuseum (Kunsthistorisches Museum) sei bereits zu beschließen. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß dieses Museum noch nicht eröffnet ist, und die Eröffnung auch vor dem Monat Juli d. N. nicht zu erwarten steht.

Jugendweihelägen. Im Herbst d. J. (vorwiegend am Sonntag, den 18. September) findet wieder für alle diejenigen Kinder, die die Schule verlassen und deren Eltern auf die Zeremonien der Kirche verzichten, eine würdige „Jugendweihelägen“ statt. Es ergeht hiermit an alle freientenden Eltern von Copenick, Friedrichshagen, Rahnsdorf, Grünau, Bohnsdorf usw. die Aufforderung, die Anmeldungen ihrer in Frage kommenden Kinder sofort, spätestens jedoch bis 15. Juni, in Copenick, Kleber Str. 6 (Schlag), Laden, oder in den Unterrichtsstunden der Freireligiösen Gemeinde, jeden Dienstag von 3-5 (Schule Wilhelmstraße), jeden Donnerstag von 3-5 (Schule Bergmannstraße) bewerkstelligen zu wollen.

Stapel verzehrt, aber die Zunächststehenden fuhren fort, ihm Kaffeegebäck zuzuschleppen. Drüben auf dem Anrichtentisch standen die Zigarren — ganze fünf Kisten; beabsichtigten die Frauenzimmer etwa, sie selber zu rauchen? Na, nun besann Martha sich und brachte sie. „Rehmt zwei,“ sagte sie um ihren Fehler wieder gutzumachen und ging in der Runde herum. Geizig war sie jedenfalls nicht — denn das Ganze würde ja doch einmal ihr gehören! Etwas Besonderes mußte anlässlich des Tages geschehen; so schlenderten denn die Männer langsam in geschlossenem Trupp zum Hasen hin; es war eine Art Ausflug, den sie unternahmen, während die Frauen abdeckten und den Abendtisch zurechtmachten.

Die Rednertribüne fand nun also keine Verwendung — dank dem unwillkommenen Besuch, den der Krugwirt bekommen hatte. Es war eigentlich beabsichtigt gewesen, daß er zwischen den beiden Mahlzzeiten eine Vesperstunde mit Predigt und Gesang veranstalten sollte. Nun bekam man ihn den ganzen Nachmittag nicht zu sehen; auch als die eigentliche Festmahlzzeit ihren Anfang nehmen sollte, war er noch nicht gekommen.

Die Handwerker von der Villa waren jetzt mit unter den Gästen, sie brachten sofort Leben in die Bude. „Laßt uns lange Burschen an dem einen Tischende sitzen,“ sagten sie zu den Fischern — sonst müssen die Flaschen sich die Seele aus dem Leibe rennen, um herumzukommen.“ Sofort wurde der Umzug bewerkstelligt, und ganz ohne Gelächter ging's dabei nicht ab. Die Kopenhagener wollten unbedingt haben, daß einer von ihren Leuten zwischen die Kinder gesetzt wurde; er sei noch nicht entwöhnt, behaupteten sie. Er setzte sich auch dorthin, nahm aber eine ganze Flasche Brantwein mit, drückte sie an sich, zum großen Vergnügen der Kinder und Frauenzimmer. Die Sache endigte damit, daß seine Kameraden ihn anbetteln mußten, wieder zurückzulehren.

(Fortf. folgt.)















## Das oberschlesische Pulverfaß.

Die oberschlesische Frage hat plötzlich eine außerordentliche Verschärfung erfahren. Nicht etwa durch die Schandtat der Verbrednerbanden, die diesmal — im Gegensatz zu Vorkriegszeiten — unter dem Vorwand eines nationalen Befreiungswerkes über die polnische Grenze hereingekrochen sind, und das von Korfanty begonnene Werk auf ihre Art fortsetzen, sondern durch ein Ultimatum der Entente-Kommission an den Führer des deutschen Selbstschutzes, General v. Hoefler. Es wird ihm die Zurücknahme seiner leithin etwas vorgegangenen Streitkräfte befohlen, widrigenfalls die Ententebefehlungen aus den noch von ihnen gehaltenen Städten zurückgezogen würden. Hoefler hat diese Forderung abgelehnt, weil er nicht die Macht zu ihrer Durchsetzung habe; der Selbstschutz und noch viele andere Deutsche könnten und würden die preisgegebenen Deutschen in den Städten nicht im Stich lassen können, und was also aus der Räumung der Städte entstehen würde, sei unabsehbar.

Dies ist leider nur zu wahr. Man kann sich schwer zu ruhiger Betrachtung zwingen, wenn man sieht, wie die Doppel-Kommission auch den letzten Rest von Schutz, den sie gemäß ihrer feierlichen Pflicht den deutschen Oberschleslern noch gewährt, freiwillig hinwerfen will. Hat sie Sicherheit, daß nach dem Zurückgehen des Selbstschutzes die Polen Oberschlesien räumen? Wenn ja — warum teilt sie das dem Selbstschutz nicht mit? Es wäre das beste Mittel, ihn zum Rückzug zu bewegen.

Trotzdem muß an den Selbstschutz appelliert werden, über alle Leidenschaft den Verstand triumphieren zu lassen, mag das zunächst auch noch als ein Opfer erscheinen. Mit Gewalt kann Deutschland nichts erreichen, es würde damit die Deutschen in Polen — und vielleicht auch bald im Ruhrgebiet, zu denen im besetzten Gebiet — nur der härtesten Rache aussetzen, die in Ostrowo schon angefangen hat. Von den britischen Truppen darf man erwarten, daß sie das Recht in Oberschlesien wiederherstellen werden — nicht unfers, sondern auch das der Entente, das heute unter die Stiefel der Korfanty-Banden getreten ist. Von Berlin aus wird, wie wir hören, alles versucht, um eine friedliche Lösung herbeizuführen. Die Reichsregierung bemüht sich seit Sonntag früh darum und man hofft auf günstigen Erfolg.

## Der Kattowitzer Bahnhofsvandal.

Kattowitz, 6. Juni. (WZ.) Bei einem früheren anderen Verleser der Insurgenten, den hiesigen Bahnhof zu besetzen, wandte sich die Eisenbahndirektion an Herrn Choquet, der die Erklärung abgab, die Insurgenten dürften den Bahnhof nicht besetzen, solange er in der Direktion sei. Weiter erklärte er, die deutschen Eisenbahner trügen an der Stilllegung des Eisenbahnverkehrs die Schuld. Sie seien nicht süchtig und nicht willig. Es wurde entgegnet, die Eisenbahner seien von Anfang an bereit gewesen, den Verkehr im ganzen von den Insurgenten besetzten Gebiet aufzunehmen, sobald Gewähr für die Sicherheit der Rüge, der Beamten und der Reisenden bestünde. Die Insurgenten hätten diese Bürgschaft bisher stets abgelehnt, und deshalb habe der Verkehr nicht aufgenommen werden können. Am 4. morgens zwischen 6 und 7 Uhr fuhr dann ein Zug von Idziesko aus mit etwa 100 unbewaffneten Insurgenten in den Bahnhof ein. Am Vormittag folgten bewaffnete Aufständische und der Bahnhof befindet sich seither in ihrer Hand. Am 4. Juni vormittags begab sich eine Abordnung der deutschen Bürgerschaft zum Kreiskommissar, Major Sauerer und zum Stadtkommandanten, Obersten Ardisson, von den letzteren daran erinnert, daß er wiederholt versichert habe, die Insurgenten würden die Stadt oder Teile der Stadt nicht besetzen. Der Kreis-Kommissar und der Stadtkommandant erwiderten, daß der Bahnhof nicht von Aufständischen besetzt worden sei, sondern daß es sich um arbeitswillige polnische Eisenbahner handele, die den Bahnhof besetzt hätten, weil die deutschen Eisenbahner unfähig und unwillig seien, den Verkehr aufzunehmen. Die deutschen Herren betonten, daß der Bahnhof ein Teil der Stadt Kattowitz sei, und daß die Besetzung entgegen der französischen Ansicht durch die polnischen Aufständischen vollzogen sei. Am Nachmittag erklärte Oberst Ardisson, daß er bereit sei, den Bahnhof zurückzugeben, aber die Stadt müsse sich damit abfinden, kein Licht und kein Wasser zu erhalten. Die deutsche Abordnung lehnte ab, auf diese Auskunft eine Antwort zu geben, und verwies den Stadtkommandanten darauf, daß es seine Pflicht und die der Insurgenten sei, die Stadt zu schützen und dafür zu sorgen, daß sie von Insurgenten frei bleibe und daß ihr die Lebensmöglichkeit nicht abgeschnitten werde.

## Das ausdelieferte Land.

Hindenburg, 5. Juni. (WZ.) [Verspätet eingetroffen.] Am 4. Juni erschienen etwa 200 bewaffnete Aufständische in der händischen Brauerei, stießen zunächst die Fernsprechanlagen besetzen, durchsuchten dann die ganze Brauerei und die Wirtschaftsräume und erstarben die Vorräte abfahren lassen zu müssen; sie seien für das polnische Rote Kreuz bestimmt. Widerspruch gegen die Gewaltmaßnahmen war zwecklos. Es wurden nicht nur die Biervorräte, sondern nahezu alles, was man sonst an Öl, Reis- und Rauchwaren vorrätig, auf Wagen fortgeführt, soweit die Aufständischen die Waren nicht in ihren Taschen und Ausdrücken verstauben konnten. Unter den Aufständischen befanden sich auch polnische Stadtkommandanten aus Hindenburg.

Königsgrätz, 5. Juni. (WZ.) [Verspätet eingetroffen.] Seit dem Einmarsch der neuen Besatzungstruppe der Insurgenten sind auch einige Straßen der bischöflichen Stadt von den Insurgenten besetzt worden. Die Kontrolle und Durchsuchung beim Betreten und Verlassen der Stadt wird jetzt schärfer gehandhabt.

Wies, 5. Juni. (WZ.) [Verspätet eingetroffen.] Die bisherige französische Besatzung der Stadt Wies ist am 5. d. M. abgerückt. Man befürchtet eine neue Besetzung der Stadt durch die Insurgenten.

## Das Reparationschiedsgericht.

Paris, 6. Juni. (WZ.) Wie der „Temps“ feststellt, beruht das Verlangen des Reparationsausschusses, für Auslegungsschwierigkeiten über irgendeine Klausel des Friedensvertrages einen Schiedsrichter zu ernennen, wie § 13 des Anhangs 2 Abschnitt 8 vorsieht, auf dem Wunsche, einige bereits seit längerer Zeit bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen. Es handle sich um Textverschiedenheiten in der französischen und der englischen Ausgabe des Friedensvertrages, ferner um die Festlegung des Preises der von den Deutschen gelieferten Kohlen, um die Festlegung der deutschen Schuld und um anderes. Nach dem „Temps“ soll der Schiedsrichter nicht notwendigerweise ein Neutraler sein, denn bei der Festlegung des Gesamtschadens habe ein Schiedsrichter mitgewirkt, und dieser sei Amerikaner gewesen. Das Blatt stellt weiter fest, daß die Fragen, die einem Schiedspruch unterworfen werden, einzig und allein juristische Fragen sind und sich nicht auf die Auslegung des Anhangs 8 des Friedensvertrages selbst beziehen.

Zum Abbruch des nieder-schlesischen Bergarbeiterstreiks, worüber wir im gemerkten Teil berichteten, ist noch mitzuteilen, daß das abgeschlossene Übereinkommen vom 1. Juli ab eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 5 Mark je Schicht zusage. Der Abbruch des Streiks wurde durch die Rekonferenz der Bergarbeiter mit 171 gegen 46 Stimmen beschlossen. Die Übergröße Zahl der darauf folgenden Delegatensammlungen trat dem Beschluß der Rekonferenz bei.

## Die „Meinungsfreiheit“ des Ministerstürzers

### Das Urteil im Bonfid-Prozess.

Hg. Potsdam, 6. Juni 1921.

Die Disziplinarkammer in Potsdam beschäftigte sich gestern mit dem feierlichst diskutierten Fall des Vortragenden Rats im Reichsarbeitsministerium, Geh. Regierungsrat Dr. Bonfid. Das Disziplinarserfahren hängt zusammen mit den Angriffen, die der frühere Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister Otto Braun gegen den Angeklagten im Landtag gerichtet hatte. In seiner Sitzung im Januar 1921 erklärte der Genosse Braun, daß er durch einen Brief davon Kenntnis erhalten habe, daß der Geheimrat Bonfid im Reichsarbeitsministerium gegen ihn eine Hege wegen seiner Siedlungstätigkeit veranlaßt habe. Eine Erklärung für das Vorgehen dieses Herrn liege wohl darin, daß er, der Minister, ihn nicht für den Posten eines Präsidenten der Bundeskulturstelle haben wollte, weil er ihn für zu jung und nicht geeignet hielt. Darauf antwortete Geheimrat Bonfid in einem offenen Brief, der in verschiedenen Zeitungen veröffentlicht wurde, sehr scharf. Wegen dieser Antwort, die auch persönliche Ausfälle gegen den Ministerpräsidenten enthielt, wurde gegen ihn ein Disziplinarserfahren eingeleitet.

Nach der Anklage wird Geheimrat Bonfid beschuldigt, gegen einen Erlaß des Reichsarbeitsministers verstoßen zu haben, der den Beamten eine gewisse Zurückhaltung in bezug auf die Ausübung politischer Tätigkeit auferlegt (§ 10 des Beamtengesetzes.) Bonfid wurde vom Amt dispensiert und die Hälfte des Gehalts einbehalten. Wie der Angeklagte aber erklärt, ist am 21. Mai die Dispensierung wieder aufgehoben worden, da der Reichsarbeitsminister ihn für unentbehrlich erklärte. Der Angeklagte gibt an, daß der Leiter des Siedlungswesens im Reichsarbeitsministerium, Dr. Albrecht, von dem Vorsitzenden der Kreiswohlfahrtsstelle in Rauen einen Brief erhalten habe, worin um Auskunft gebeten wurde, wie man den Schwierigkeiten in der Siedlungsfrage in Preußen begegnen könne. Dieser Brief wurde dem Angeklagten von Dr. Albrecht übergeben. Er habe nun in einem Schreiben darauf hingewiesen, er habe schon in der Reichs-Siedlungskonferenz betont, daß verschiedene Staaten, insbesondere Preußen, das Reichs-Siedlungsgesetz sabotieren. Dieser Brief gelangte zur Kenntnis des Ministerpräsidenten, der in der Landesversammlung darauf entsprechend antwortete. Nach einer Unterredung mit dem Reichsarbeitsminister richtete der Angeklagte dann ein Schreiben an diesen, worin er erklärte, daß er in den Zeitungen eine Antwort an den Ministerpräsidenten Braun und Anlagen über dessen schädliche Wirksamkeit veröffentlicht werde, falls der Minister nicht im Reichstage die Angriffe gegen ihn zurückweise. Auf dieses Schreiben ist ein Befehl des Ministers nicht ergangen. Nach drei Tagen wurde ein Erlaß des Ministers an die Leiter der Abteilungen gerichtet, worin es heißt:

Ein Einzelfall gibt mir Anlaß, nachstehendes bekanntzugeben: Es liegt für Beamte das verfassungsmäßige Recht der freien politischen Meinungsäußerung vor, das aber durch § 10 des Beamtengesetzes in gewissem Sinne beschränkt wird, denn dieser Paragraph legt den Ministerialbeamten eine besondere Zurückhaltung auf in Angelegenheiten, die sie selbst dienstlich in leitender Stellung zu bearbeiten haben. Sie müssen diese Stellungnahme gegen die politischen Richtlinien ihrer Minister oder der Reichsregierung vermeiden.

Dr. Bonfid leugte dagegen Bewahrung ein, weil diese Verfügung gegen die Reichsverfassung verstoße. Am 17. Februar veröffentlichte Bonfid ein offenes Schreiben in den Zeitungen, das auch in der „Täglichen Rundschau“ abgedruckt war. Darin waren sehr scharfe Angriffe gegen den Ministerpräsidenten Braun enthalten. U. a. „Braun der Siebler, als geheilter Unschuld.“ Braun wird als Schädling in der Siedlungsfrage bezeichnet, und es wird behauptet, daß er seinen Hauch von der preussischen historischen Siedlungsaufgabe habe. Es ist auch von Dilettantismus die Rede, und es heißt weiter darin, Braun versuche dem verhassten Reich, in das wieder etwas Ordnung gekommen sei, ein zu versetzen und dazu sei ihm jedes Mittel recht, im Interesse einer skrupellosen Parteipolitik. Wenn die Zeit vom 20. Februar Herrn Braun dahin spült, wohin er gehört, werde Preußen aufstehen und er werde stolz sein, durch seine politische Tätigkeit dazu beigetragen zu haben.

Wegen dieses Briefes ist gegen Bonfid das Disziplinarserfahren eingeleitet worden, wegen Verstoßes gegen § 10 des Beamtengesetzes und Ungehorsam gegen die Verfügung des Reichsarbeitsministers.

In seinem auf Freisprechung abzielenden Plädoyer beschuldigte der Angeklagte sich mit der Person des früheren Ministerpräsidenten Braun und bestand auf seinem Recht der freien Meinungsäußerung. Deshalb wurde auch der heutige Prozeß der

### Grundriss für die politische Meinungsäußerung

der Beamten. Wenn auch im Falle einer Freisprechung das Gericht Anfeindungen ausgeübt sein werde, erwarde er sie doch, da auch eine Verwarnung der Sozialdemokratie Oberwasser bringe. Er sei auf Kaiser und König vereidigt und habe andere Ideen, wie die Männer, die den Vertrag von Versailles unterschrieben hätten. Nach langer Beratung verurteilte der Vorsitzende, Landgerichtsrat Hartung,

### das Urteil:

Der Angeklagte wird wegen Dienstvergehens mit einer Verwarnung bestraft und hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. Begründend führte der Vorsitzende aus: Die Reichsdisziplinarkammer ist der Ansicht, daß der in der Anklageurkunde erhobene Vorwurf der Verletzung der Würde, die sein Beruf von ihm fordere, auf den Angeklagten nicht zutrafte. Er habe jedoch beunruhigt gegen das Verbot seines Vorgesetzten, des Reichsarbeitsministers, gehandelt und dadurch die ihm auferlegte Gehorsamspflicht außer Acht gelassen. Wenn auch diese dienstliche Anordnung des Ministers nur vorläufigen Charakter gehabt habe und durch eine Rabinetsentscheidung bestätigt werden sollte, so werde sie dadurch ihrer amtlichen Bedeutung nicht entleert. Die Annahme des Angeklagten, daß der Artikel 118 der Reichsverfassung das Recht der freien Meinungsäußerung den Beamten verbürge, sei insofern falsch, als die Verfassung die Gehorsamspflicht der Beamten nicht habe ändern wollen, da ohne die Gehorsamspflicht die Führung der Verwaltungsgeschäfte undenkbar sei. Der Abschnitt 1 des zweiten Hauptteils der R. V. behandle die Grundrechte der Einzelpersonen, Rechte und Pflichten der Beamten seien aber aus dem zweiten Abschnitt zu folgern. Der Begriff „Angeklagter“ umschließt nicht ohne weiteres Beamte. Das gehe hervor aus Artikel 16 der R. V., 11, 35 und 75 der preussischen Verfassung. Artikel 130 der R. V. gewährleistet den Beamten nur das Recht der Meinungsäußerung, das sei jedoch begrenzt als das Recht der freien Meinungsäußerung. Der Angeklagte könne sich demnach nicht auf Artikel 118 berufen. Er hätte mit der politischen Betätigung zurückhalten müssen. Unzweifelhaft habe er gegen ehrenrührige und unbegründete Vorwürfe des Ministerpräsidenten Braun sich in einer Zwangslage befunden und in Notwehr gehandelt und dabei berechtigte Interessen wahrgenommen. Er müsse aber wegen Vergehens gegen § 10 des Reichsdisziplinargesetzes bestraft werden. Erwogen wurde dabei, daß er durch falsche Auslegung der Reichsverfassung zu seinem Anschluß gekommen sei, nachdem er sich vergeblich um Genugtuung bemüht habe.

Das Urteil des Disziplinargerichtshofes muß als geradezu grotesk bezeichnet werden. Festgestellt ist, daß der Angeklagte gegen das Verbot seines Vorgesetzten, des Reichsarbeitsministers, handelte; festgestellt ist ferner, daß seine Verurteilung auf die Verfassung irrig war; dennoch begnügte sich das Gericht mit der geringsten zulässigen Strafe unter Ju-

billigung sämtlicher nur denkbaren „mildernden Umstände“. Hierbei ist besonders bemerkenswert, daß zugunsten des Angeklagten — irrtümliche Verfassungsauslegung angenommen wurde. Wann hätte man wohl gehört, daß eine solche Milde einem Arbeiter gegenüber zutage getreten wäre? Der erste Grundlag der deutschen Justiz, der bei Arbeiterprozessen denn auch stets vom Vertreter der Anklage ins Feld geführt wird, lautet bekanntlich: „Unkenntnis des Gesetzes schützt vor Strafe nicht.“ Es ist ein Skandal sondergleichen, daß dieser Fundamentalsatz gerade einem Angehörigen der „gebildeten Stände“ und einem auf die Verfassung vereidigten Beamten außer Kraft gesetzt werden soll. Die urteilenden Richter haben sich in der Begründung ihres salomonischen Spruches alle Mühe gegeben, den Angeklagten Bonfid freizusprechen und den Kläger Braun zum Angeklagten zu machen. Die Behauptung, Bonfid habe sich im Zustande der Notwehr befunden, ist eine glatte Verdrehung der Tatsachen, da in Wirklichkeit Genosse Braun der Angegriffene war. Das Urteil der Disziplinarkammer ist nicht geeignet, die gesunkene Autorität der Justiz zu heben; im Volke wird man wissen, was man davon zu halten hat, wenn sich ein verfassungsunkundiger reaktionärer Beamter als Schlichter der politischen Meinungsfreiheit einem sozialdemokratischen Minister gegenüber aufspielt.

## Festungshaft für Brandler.

Das Gericht hat den Vorsitzenden der KPD, nicht irgendwelcher Gewalttate überführen können, aber ihm die bekannnten Aufrufe der Zentrale und der KPD, als Anreizung zu schweren Gewalttaten angerechnet. Wenn er trotzdem, in Berücksichtigung ehrenhafter Gesinnung und selbst ehrlichen Willens, nur zu Festung — allerdings zu fünf Jahren — verurteilt worden ist, so ist dieses Urteil offenbar, wenn auch unbewußt, von gewissen Nützlichkeitsrücksichten beeinflusst. Mit ihrem Vorsitzenden im Zuchthaus hätte die KPD ganz anders agieren können, als mit den Verbrechern oder mit den armen Verlorenen, die von den Sondergerichten in Massen hinter Zuchthausmauern geschickt worden sind. Heinrich Brandler ist sein Idealismus zugute gehalten worden. Er hat tatsächlich in seinem letzten Wort eine staunenswerte Weltfremdheit bewiesen, indem er sagte, die Diktatur des Proletariats in Deutschland werde nicht den zehnten Teil von Gewaltmaßnahmen nötig haben, wie die Regierung von heute, ja, sie würde sogar ohne Beseitigung der jetzigen Verfassung durchzuführen sein. Eine derartige Behauptung, wenn man die Praxis Moskows und die Stärke der nicht nur antisozialistischen, nein, selbst der antirepublikanischen Reaktion in Deutschland vor sich sieht, — das ist freilich schon mehr als Idealismus, ist kindliche Naivität.

Heinrich Brandler ist ein Deutschböhme aus dem Webersland von Barnsdorf. Wie oft hat Viktor Adler den Genossen aus dieser Gegend gesagt: „No ja, Ihr Deutschböhmern, Ihr seids ja alle Dichter!“

In der Strafsache gegen den Vorsitzenden der Zentrale der KPD, Heinrich Brandler, führte Staatsanwalt Veltzer aus, daß Brandler des Hochverrats, der Aufreizung zum Klassenhaß und der Aufforderung zum Ungehorsam schuldig sei. Die Beweisaufnahme habe dies wohl ergeben. Inwiefern die Zentrale die treibende Kraft bei der Aktion in Mitteldeutschland gewesen, hat sich nicht beweisträftig aufklären lassen, da sich der Angeklagte ebenso wie seine kommunistischen Genossen überhaupt in dieser Beziehung in Schweigen hüllte. Der erste Anstoß zu der mitteldeutschen Aktion sei von Moskau ausgegangen. Wenn auch zugegeben werden mag, daß unter den deutschen Kommunisten viele an sich der Anspendung von Gewalttaten nicht zuneigen, so sei doch zweifellos die deutsche Partei finanziell und geistig

### völlig abhängig von Moskau.

das beweise schon die Tatsache, daß das Gebot von Moskau, für eine gute Parteileitung zu sorgen, dazu geführt habe, daß der bisherige Vorsitzende Besi durch Brandler ersetzt worden ist. Es wird eine maßlose Hege gegen die Regierung betrieben und fortgesetzt. Auforderungen zur Bewaffnung erlassen, unter völliger Entstellung der wirklichen Tatsachen. Da handelt es sich nicht um eine Defensiv-, sondern um eine gewalttätige Offensive. In dem Aufruf vom 24. März werde diese ganz klar und deutlich als der einzige Weg erklärt, um die Diktatur des Proletariats zu erreichen. Von einer Zuchthausstrafe hat der Staatsanwalt abgesehen, da nach dem ganzen Ergebnis der Verhandlung dem Angeklagten eine ehrliche Gesinnung nicht zum Vorwurf

gemacht werden könne; er sei wohl mehr Idealist, und nach der ganzen Sachlage sehe er die Dinge mehr vom theoretischen Standpunkte an und neige auch theoretisch mehr dem Bestreben zu, derartige Verbrechen zu vermeiden. Aber er habe doch auch zugegeben, daß er prinzipiell der Anwendung von Gewalt nicht unter allen Umständen abhold sei. Andererseits sei zu berücksichtigen, daß der Angeklagte von seinem Standpunkt sich redlich bemüht, dem Proletariat zu helfen. Wenn der Staatsanwalt hiernach auch Festungshaft in Vorschlag brachte, so wies er doch auf die Gefährlichkeit der kommunistischen Bewegung für das Deutsche Reich hin und beantragte demgemäß eine Festungshaft von 7 Jahren unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

In längeren Ausführungen plädierten die Rechtsanwälte Dr. S. Weinberg, Berlin und G. G. Chemnitz für Freisprechung eventuell auf mildernde Umstände; Brandler selbst wies in längeren Darlegungen den Vorwurf, daß er Hochverrat begangen habe, entschieden zurück und hielt es für ganz unverständlich, daß die Anklagebehörde sich einer solchen Annahme überhaupt habe zuneigen können. Die Diktatur des Proletariats, wenn sie endlich durchgeföhrt werden würde, würde nicht den zehnten Teil von Gewaltmaßnahmen nötig haben, wie die jetzige Regierung, sie würde sogar durchzuführen sein, ohne die bestehende Verfassung beseitigen zu müssen. — Das Gericht hielt es nicht für zweifelhaft, daß durch die fraglichen Aufrufe der Zentrale in der „Roten Fahne“ und in Flugblättern eine gewalttätige Verdrängerung der Verfassung angebahnt werden sollte. Der Angeklagte hat sich daher einer Aufforderung zum Hochverrat in Verbindung mit Aufreizung schuldig gemacht. Die Verhandlung hat ergeben, daß der Angeklagte nicht aus ehrenrühriger Gesinnung gehandelt hat, sondern überzeugt ist von den kommunistischen Idealen. Was die Höhe der Strafe betrifft, so ist erwogen, daß infolge dieser Aufrufe in Mitteldeutschland erhebliche Straftaten begangen worden sind, für die der Angeklagte demnach in gewisser Beziehung moralisch mit verantwortlich ist. Das Gericht erkannte auf 5 Jahre Festungshaft.

Der Riesenprozeß gegen Max Höls wegen aller erdenklichen Straftaten beginnt am 11. Juni vor dem Berliner Sondergericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Braun. Es sind gegen 70 Zeugen geladen.

Alles zurückgenommen! Das Privatklageverfahren zwischen dem Redakteur der „Freiheit“, Felix Stöckinger, und dem Chefredakteur des „Berliner Tageblattes“, Theodor Wolff, über dessen Entziehung wir vor Jahresfrist berichteten, ist durch einen Vergleich dahin erledigt worden, daß die den Gegenstand der Klage und Widerklage bildenden Kreuzerungen, soweit sie gegenseitig als beleidigend angesehen werden, wechselseitig zurückgenommen sind.



# Gewerkschaftsbewegung

## Zur Buchdruckerbewegung.

Die Vertrauensleute der Berliner Buchdrucker und Buchdruckerhilfsarbeiter und -arbeiterinnen füllten gestern nachmittag den großen Saal des Gewerkschaftshauses, um den Bericht über die Stellungnahme der Prinzipalität zur Forderung einer örtlichen Lohnzulage von wöchentlich 35 M. entgegenzunehmen. Rastini gab den einstimmigen Beschluß der tarifstreuen Buchdruckerbeihilfer von Groß-Berlin bekannt, über den wir schon berichteten. Montag nachmittag fand noch eine Unterredung der Kommission der Arbeitnehmerschaft mit den Prinzipalvertretern statt. Sie zeigte kein anderes Resultat. Die Vertreter der Prinzipalität erklärten, daß die Zulage im Abkommen Heenemann-Rastini nur erfolgt seien, um den Berliner Buchdruckern ein Äquivalent dafür zu bieten, daß ihnen die allgemeinen Erhöhungen der Ortszulage im Reich nichts gebracht hätten. Die Vorstände der Buchdrucker und Hilfsarbeiter haben beschlossen, am Dienstag in den Betrieben eine Urabstimmung vorzunehmen. Es kommen für sie die Bestimmungen des ADGB in Betracht, wonach für einen Streik eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. (Das Abstimmungsformular ist für die Buchdrucker auf der Verwaltung, Engelstr. 14/15, für die Hilfsarbeiter Alte Jakobstraße 5 am Dienstag schleunigt abzuholen und das Resultat der Abstimmung bis Mittwoch 10 Uhr an die vorbezeichneten Stellen zu melden.) Eine neue Versammlung der Vertrauensleute, Druckerhilfsarbeiter und Generalversammlungsdelegierten der Buchdrucker und Hilfsarbeiter findet Mittwochabend 5 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses statt. Dort wird das Resultat der Urabstimmung bekanntgegeben.

Nachdem noch Stoth als Vertreter der Hilfsarbeiter einige erläuternde Bemerkungen gemacht hatte, wurde lebhaft diskutiert, bis ein Schlusssatz die Versammlung beendete.

## Wahl bei den Eisenbahnern.

Am 9. und 10. Juni 1921 findet die Wahl der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Eisenbahnerverbandes statt. An diesem Tage haben sich die Eisenbahner für eine zielbewußte und klare Gewerkschaftspolitik oder für verfehlte kommunistische Experimente zu entscheiden. Es ist zu wählen zwischen der Diktatur und dem demokratischen Selbstbestimmungsrecht, zwischen Gewerkschaftszerstörung und wirtschaftlichem Fortschritt durch eine vernünftig betriebene gewerkschaftliche Politik. Die Wahl kann nicht schwer werden. Allzu groß sind die Sünden der Kommunisten. Jeden Fortschritt haben sie gehemmt. Immer wieder haben sie sich als die Helfer der Reaktion gezeigt. Schwer ist die gewerkschaftliche Einheitsfront von den Bolschewikern bedroht. Es gilt darum alles daran zu setzen, den ungeheuren Schaden, den die Kommunisten bisher der Arbeiterbewegung zugefügt haben, nicht noch größer werden zu lassen. Es gilt, den D.F.G. zu einer wirklich machtvollen, achtunggebietenden Organisation auszubauen. Wer den Fortschritt und damit den Aufstieg der Eisenbahner will, wähle am 9. und 10. Juni die

## Liste Wilhelm Schulz!

## Wird Comper abgefägt?

Bei dem noch in diesem Monat in Denver stattfindenden Delegiertenkongreß des amerikanischen Gewerkschaftsbundes steht ein erbitterter Kampf um die Führerschaft des Bundes zu erwarten. Es heißt nach der A.P.S., daß John Lewis, der Präsident der United Mine Workers (Vereinigter Bergarbeiterverband) mit einem genügenden Rückhalt von Stimmen zum Kongreß kommen wird, um Comper von seinem lange innegehabten Platz zu verdrängen. Abgesehen von den Bergarbeiterdelegierten dürften auch die Eisenbahner für Lewis eintreten. Comper zeigt einstweilen keine Geneigtheit abzutreten. Einstweilen führt er mit der alten Entschiedenheit seine antisozialistische und antibolschewistische Propaganda fort.

Das Abkommen im niederschlesischen Bergbau hat folgenden Wortlaut: „1. Nachdem die Reichsfinanzverwaltung auf die Ablieferung des Betrages von 2 M. je Tonne abgeleiteter Kohle aus dem niederschlesischen Bergrevier verzichtet hat, werden diese Beträge von der Wiederaufnahme der Arbeit an nach näherer Vereinbarung in der Bezirksarbeitsgemeinschaft in voller Höhe zur Lohn-erhöhung verwendet werden. 2. In der Annahme, daß der dem Reichrat vorliegende Entwurf zur Abänderung der Kohlensteuer bis spätestens 1. Juli Gesch. sein wird, wird von diesem Zeitpunkte an eine Lohn-erhöhung in Aussicht genommen. Zurzeit beträgt die Kohlensteuer des niederschlesischen Reviers gegenüber Westfalen 2,50 M. mehr je Tonne abgeleiteter Kohle. Um jede volle Mark, um die sich durch Verdrängung der Kohlensteuer dieses Verhältnis zugunsten des niederschlesischen Bergreviers ändert, wird ein Betrag von 30 Pf. je Schicht zur Lohnaufbesserung verwandt werden, bis ein durchschnittlicher Betrag von 5 M. je Schicht erreicht ist, wobei die unter Ziffer 1 genannte Lohn-erhöhung

einzurechnen ist. Das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsarbeitsministerium werden sich dafür einsetzen, daß die für diese Lohn-erhöhung erforderlichen Maßnahmen seitens der gegebenden Körperschaften und des Reichskohlenverbandes getroffen werden.“

**Streik auf den westdeutschen Kanälen und am Rhein.** Das gesamte Maschinen- und Kesselpersonal der staatlichen Schleppämter auf den westdeutschen Kanälen steht seit dem 31. Mai im Streik. Ihn mit den Mitteln der bürgerlichen Presse zu verächtigen, wird nicht gelingen, verlangen doch die Maschinenisten und Heizer nur die zehnstündige Arbeitszeit, oder Bezahlung der zwölfstündigen Arbeitsleistung. Bekanntlich arbeiten alle anderen Arbeitergruppen nur 8 Stunden. Diese selbstverständliche Forderung werden die Streikenden mit dem nötigen Nachdruck vertreten. Auch die Maschinenisten und Heizer sämtlicher Schlepp- und Güterboote des Rheins stehen in Lohnbewegung. Die Verhandlungen mit den Unternehmern sind gescheitert. Darauf beschloßen die Maschinenisten und Heizer den sofortigen Eintritt in eine Teilaktion, welche zum Ziel hat, die Fahrzeit täglich um zwei Stunden zu verkürzen und die vollkommene Arbeitsruhe an Sonntagen auf allen Schlepp- und Güterbooten des Rheins durchzuführen.

**Leistfreik in der saarländischen Metallindustrie.** In Völklingen, Hostenbach, Dillingen, Bredach wurden die Arbeiter der Metallindustrie ausständig, weil der Arbeitgeberverband einen Lohnabbau von 20 bis 25 Proz. beabsichtigt. Da es zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu einer Einigung nicht kam, wurde der Schlichtungsausschuß angerufen, der sich den Gründen der Arbeitgeber zwar nicht ganz verschließen konnte, aber eine Milderung der Härten des Abbaues empfahl.

**Die Metallarbeiter in Mähren haben dieser Tage Forderungen gestellt, in welchem ein achtstündiger bezahlter Urlaub im Jahre, Revision der bisherigen Löhne, sowie Anteil am Reingewinn verlangt wird. Die Arbeitgeber haben die Forderungen der Arbeiterschaft abgelehnt, so daß es zu einem Streik kommen dürfte.**

**Die belgische Gewerkschaftskommission hat den Beschluß der Kommunisten in Belgien, das „berühmte“ System der kommunistischen Fellen einzuführen, mit einer sehr scharfen Erklärung gegen die Fellenbauer beantwortet. Sie billigt den von uns bereits mitgeteilten Beschluß des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom 18. Mai und fordert alle der Gewerkschaftskommission angehörenden Organisationen auf, „sofort die erforderlichen Maßnahmen gegen alle jene zu ergreifen, welche es versuchen, die vollkommene Einigkeit der belgischen Gewerkschaftsbewegung zu unterminieren, durch welche unser Einfluß und unsere Macht heranzuwachsen“.**

**Die belgischen Spinnereien werden infolge der Krise während einer Woche geschlossen.**

**Auflösung der Arbeitslosenunterstützung in England.** Infolge der hohen unerhörten Anforderungen an den Fonds für Arbeitslosenversicherung ist dieser jetzt vollkommen aufgebraucht. Die Regierung beschloß daher, die Arbeitslosenunterstützung zu verringern und die Beiträge von allen Parteien zu erhöhen. Die wöchentliche Auszahlung beläuft sich jetzt auf 1.800.000 Pfund Sterling, während die Einnahmen nur 600.000 Pfund betragen.

**Zur Streiklage in England wird berichtet, daß die Gesamtzahl der feiernden Arbeiter ungefähr vier Millionen beträgt, wovon 1.520.000 Bergleute und 600.000 Baumwollspinnereiarbeiter. Zur Erleichterung des Lohnabbaues der Bergarbeiter will die Regierung 10 Millionen Pfund bereitstellen; dieses Anerbieten ist auf 14 Tage befristet. Der Vollzugsausschuß der Bergwerksbesitzer hat den der Bergarbeiter zu einer Besprechung hierüber eingeladen. — Da der Streik in der Baumwollindustrie schon drei Wochen währt, hat der Handelsminister ihre Vertreter zu einer Besprechung auf Dienstag eingeladen.**

**Die Verhandlungen im englischen Bergarbeiterstreik sind Montag um 12 Uhr wieder aufgenommen worden. Mit Ausnahme des „Daily Herald“ ist die gesamte Londoner Presse der Ansicht, daß die Initiative der Bergwerksbesitzer, die die Bergleute zur Wiederaufnahme der Verhandlungen eingeladen haben, das Ende der Streikbewegung bedeutet, und alle Zeitungen beglückwünschen die Bergwerksbesitzer zu ihrer Initiative.**

**Deutscher Wertmetzlerverband, Bezirksverein B. — Chemnitz, Mittwoch 7 Uhr Mitgliederversammlung, Haverlands Festhalle, Neue Friedrichstr. 33.**

**Brande der Privatwähler. Mittwoch, 8. Juni, morgens 9 Uhr, im Saal von Schirm, Charlottenstr. 7-8, Branchenversammlung aller auf Panten, Holz- und Zagerplätzen, Fabrik- und Industriehäusern beschäftigten Wähler.**

# Wirtschaft

## Sanierung der Reichsfinanzen.

In der letzten Sitzung des Finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats erstattete der Vorsitzende Bernhard Bericht über die Arbeiten des Unterausschusses, dessen Aufgabe es ist, Mittel und Wege für eine Sanierung der Reichsfinanzen einschließlich der Reparationskosten zu finden. Bisher hat der Unterausschuß in einer großen Reihe von Sitzungen die notwendigen Vorfragen geklärt und zunächst festgestellt, daß durch die oft geforderte Währungsreform eine Sanierung der Reichsfinanzen nicht ein-

treten kann, weil die Währungsreform eine gewisse Rückwirkung auf die wirtschaftlichen und staatsfinanziellen Verhältnisse üben, aber im allgemeinen die Folge und nicht die Ursache wirtschaftlicher Erscheinungen sind. Wenn es gelingt, wirksame Mittel zur Ordnung der Staatsfinanzen und eine wirksame Steuerkontrolle zu schaffen und damit innerhalb eines gewissen Zeitraumes ein geordnetes Finanzsystem zu ermöglichen, so braucht eine vorübergehende Vermehrung der Kassenausgabe für eine kurze Uebergangszeit nicht mit besonderer Sorge betrachtet werden. (1)

Voraussetzung für eine Ordnung der Reichsfinanzen ist nach Ansicht des Unterausschusses zunächst: äußerste Sparsamkeit im Reichshaushalt. Um eine Kontrolle des Haushalts zu ermöglichen, sei es notwendig, den ordentlichen Verwaltungsetat vom Reparationskriegsstatenstat zu trennen, da die Aufbringung der Mittel für die Ausgaben beider Etats verschiedene Wege erfordert.

Da die Steuerpolitik heute noch viel mehr Wirtschaftspolitik sei als früher, müßten die beiden Grundzüge der zukünftigen Finanzreform sein: wirtschaftliche Sparsamkeit durch Einengung des Verbrauchs auch subjektiv notwendiger Artikel, Einschränkung der Einfuhr fremder Verbrauchsartikel und sparsamste Ausnutzung der eingeführten oder im Zustand erzeugten Rohstoffe; außerdem Steigerung der Produktion und Produktivität auch durch die Steuererleichterung, Steigerung der Produktivkräfte durch Förderung der Neubildung von Produktivkapital und durch die möglichste Beeinflussung der Produktion im Sinne einer technischen Rationalisierung, gleichfalls auf dem Wege der Besteuerung. Dies habe der Mehrheit des Ausschusses als Ziel vorgeschwebt.

In Uebereinstimmung mit der an den Reichswirtschaftsrat gerichteten Aufforderung des Reichsministers Dr. Wirth will der Ausschuß jetzt daran gehen, die Einzelheiten der zukünftigen Finanzreform festzulegen. Da eine zweckentsprechende Steuererleichterung tiefgehende Wirkung auch auf die Verhältnisse des Konsums und der Produktion haben müsse, sei beabsichtigt, den Unterausschuß durch eine entsprechende Zahl von Mitgliedern des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats zu ergänzen. Diefem Vorschlag stimmte der Finanzpolitische Ausschuß nach einer kurzen Erörterung zu, in der besonders auch die Vorschläge zum Ausbau der Umsatzsteuer behandelt wurden.

**Lebenshaltungskosten.** Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten umfaßt bekanntlich wichtige Verbrauchsartikel nicht und kann daher auch einer Ermittlung des Existenzminimums nicht zugrunde gelegt werden. Doch ermöglicht sie für den beschränkten Kreis der von ihr erfaßten Ware einen Vergleich, der auf dem engen von ihr umfaßten Gebiet — Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung — die Preisbewegung kennzeichnet. Die Reichsindexziffer hat sich nach den Berechnungen des statistischen Reichsamts im Monat Mai auf 880 ermäßigt. Im Vormonat hatte sie 894 betragen. Im Monat Januar d. J., dem bisher teuersten Monat, 924. Die seitdem von der Durchschnitts des Reichs eingetretene mäßige Senkung der Gesamtausgaben für die von der Teuerungstabelle erfaßten lebensnotwendigen Bedürfnisse (Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung) hat sich also weiter fortgesetzt. Im Berichtsmonat trugen hauptsächlich wieder Preisrückgänge für Fette, Hülsenfrüchte, Rindfleisch, Heringe und einige Gemüsesorten zu der Abschwächung der Indexziffer bei. Andererseits zogen die Preise für Schweinefleisch, Speck, Eier, die bewirtschaftete Milch, für Kohlen und die von der Kohlenpreiserhöhung beeinflussten Leuchtstoffe etwas an. — Die Senkung der Lebenshaltungskosten, soweit sie aus den vorstehenden Ziffern hervorgeht, ist überdies nur vorübergehender Natur, weil die bevorstehenden Erhöhungen der Steuern, insbesondere der indirekten, in kurzer Zeit zu Preissteigerungen führen müssen.

Verantw. für den textl. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Giese, Berlin. Verlag: Buchverlag Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchverlag Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchverlag Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchverlag Berlin G. m. b. H., Berlin.

# Janflavin-Pastillen

(gel gefärbt)

zur Desinfektion der Mund- und Rachenhöhlen  
besonders bei

**Grippe,**  Keuchhusten, Halsentzündung, Ver-  
schleimung.

Ergänzlich in den Apotheken u. Drogerien.

---

## Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung

„Aparthe Neuheiten“ Verkauf meterweise  
**Koch & Seeland** G. m. b. H.  
Gertraudenstraße 20-21

# HERMANN TIETZ

## Billige Wirtschafts-Artikel

<b>Emaile</b>	<b>Lack. Blechwaren</b>	<b>Holzwaren</b>	<b>Hauswirtschaftliche Maschinen</b>
Waschbecken dekoriert..... 39 <sup>50</sup>	Leitungsschoner dekoriert.... 17 <sup>00</sup>	Tablets in Buch u. Esche 6 <sup>50</sup> 8 <sup>00</sup> 10 <sup>50</sup>	Fleischmaschinen ver- 32 <sup>50</sup> 37 <sup>50</sup> zinnl.
Wasserkannen dekoriert..... 28 <sup>50</sup>	Konsole Sand, Soda, Seife.... 14 <sup>00</sup> 17 <sup>50</sup>	Waschbretter mit Zinkinlage... 6 <sup>75</sup>	Kaffeemühlen Holz..... 24 <sup>50</sup>
Schmorlöpfe braun... 7 <sup>50</sup> 8 <sup>75</sup> 10 <sup>50</sup>	Broikörbe oval und rund... 7 <sup>75</sup> 10 <sup>50</sup>	Aermelbretter bezogen..... 8 <sup>50</sup>	Spiritusplatten.... 77 <sup>50</sup> 79 <sup>50</sup>
Eimer ca. 28 cm..... 16 <sup>50</sup>	Broikästen gute Ausführung 24 <sup>50</sup> 27 <sup>50</sup>	Wäscheleinen..... 34 <sup>50</sup> 45 <sup>50</sup> 56 <sup>50</sup>	Gasplatten vermindert, Oern. bestell- 67 <sup>50</sup> bar 2 Eisen, 1 Erhitzer

<b>Eisschränke</b> mit Zink- und Glas-Einlage in grosser Auswahl	<b>Windleuchter</b> vernickelt Stück <b>13<sup>00</sup></b>	<b>Fruchtpressen</b> mit Holz- kübel <b>27<sup>50</sup> 55<sup>00</sup></b>	<b>Fliegenschränke</b> in Metall und Holz in grosser Auswahl	<b>Spiritusplatten</b> für die Reise <b>59<sup>50</sup></b>	<b>Elektr. Platten</b> für die Reise, doppelseitige Spannung, Schnur und Stecker... <b>87<sup>50</sup></b>
--	---	---	---	---	--

<b>Stahlwaren</b>	<b>Bürsienwaren</b>	<b>Aluminium</b>	<b>Für die Reise</b>
Büchsenöffner Steger..... Stück 10 <sup>75</sup>	Lederschwämme.....Stück 2 <sup>25</sup>	Teller.....Stück 5 <sup>50</sup> 6 <sup>75</sup> 8 <sup>75</sup>	Reisebestecke..... 45 Pl. 2 <sup>50</sup> 10 <sup>75</sup>
Eierschneider Aluminium... Stück 11 <sup>50</sup>	Handbürsten.....Stück 65 Pl.	Essnäpfe.....Stück 13 <sup>00</sup>	Reisekocher..... 1 <sup>50</sup> 20 <sup>00</sup>
Petersilien-Wiegemesser 4 <sup>75</sup>	Metallputz-Schwämme 2 <sup>25</sup> 2 <sup>50</sup>	Essenräger mit Bügel...Stück 15 <sup>75</sup> 17 <sup>75</sup>	Trinkbecher Aluminium..... 6 <sup>00</sup> 7 <sup>00</sup>
Kaffeeöffel Alum. 45 Pl. Esstöffel 90 Pl.	Reise-Widsgarnituren.... 13 <sup>50</sup>	Seifendosen.....Stück 6 <sup>75</sup> 7 <sup>25</sup>	Isolierflaschen 1/2 Liter..... 14 <sup>50</sup>

Grosse Auswahl in  
**Natur- u. Gummi-  
schwämmen, Seif-  
u. Frottiertüchern**  
zu besonders billigen Preisen